

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,10 Mkt. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die dreizehnpaltige Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brep. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M., Rathenauplatz 3. Fernsprechanstöße 2 28 41 und 2 28 42.

Der Lohnraub - eine kapitalistische Offensive.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ nennt die Notverordnung der Regierung über Lohnabbau, Tarifzerschlagung, Unternehmersubventionen usw. eine „kapitalistische Offensive“. Und wer ist der Angegriffene bei dieser kapitalistischen Offensive? Selbstverständlich die Arbeitnehmer, einerlei ob Arbeiter oder Arbeitslose, ob Kranke oder Invaliden, sie alle müssen bluten für den Kapitalismus. Deshalb der Jubel der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“. Die Mahnung des Reichspräsidenten, die Reichsregierung möge darauf achten, „daß die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft gesichert und der soziale Gedanke gewahrt bleibe“, wird ein frommer Wunsch bleiben, der unsere Unternehmer nicht im geringsten stört. Sie nehmen, was sie und wo sie es erwischen können; in dieser Beziehung ist ihr Stolz sehr schlecht entwickelt.

Die Unternehmer haben Ursache, sich vor Freude zu überschlagen. Die Notverordnung enthält für die Kapitalisten: 1 1/2 Milliarden Steuergutscheine, die vom 1. Oktober des Jahres an ausgegeben werden, eine neue direkte Subvention an den Großgrundbesitz, da für 40 Prozent der Grundsteuer Gutscheine ausgegeben werden, außerdem ein Geschenk von 50 Millionen Mark für den Hausbesitz, dazu 700 Millionen Steuergutscheine für Unternehmer, die Arbeiter einstellen.

Für die Arbeiter bringt die Notverordnung: Auflockerung des Tarifrechts, Ermäßigung der Schlichter, für „besonders gefährdete Betriebe“ die Tariflöhne mit sofortiger Wirkung zu senken, ein Lohnminderungsrecht der Unternehmer bis zu 12 1/2 Prozent bei Neueinstellungen, Ermächtigung der Regierung zu entscheidenden Änderungen in der Sozialversicherung.

Die Unternehmer werden sich nicht schämen, den seit zwei Jahren betriebenen Lohnabbau weiterzutreiben, dafür kennen wir sie zu gut. Sie müssen nicht, aber sie werden zugreifen wie die Aasgeier. Im Detail heißt es in dem diesbezüglichen Teil der „Notverordnung“ sinngemäß über die Belohnung der Unternehmer für Neueinstellungen, daß zunächst der Lohn bis zu 30 Stunden unverändert bleibt. Dagegen darf der Tariflohn unterschritten werden:

bei einer Vermehrung der Arbeiterzahl von	für die 31. bis 40. Woche um	auf 40 Stunden umgerechnet um
mindestens 5 Prozent	10 Prozent	2 1/2 Prozent
mindestens 10 Prozent	20 Prozent	5 Prozent
mindestens 15 Prozent	30 Prozent	7 1/2 Prozent
mindestens 20 Prozent	40 Prozent	10 Prozent
mindestens 25 Prozent	50 Prozent	12 1/2 Prozent

Unsoziale Unternehmer, die seither unter Beibehaltung langer Arbeitszeit Arbeiterentlassungen vorgenommen haben, bekommen jetzt bei Neueinstellung für ihr seitheriges Verhalten eine Belohnung, während die bislang schon sozial denkenden und handelnden Unternehmer förmlich bestraft

werden. Dazu bringt die „Frankfurter Zeitung“ folgendes Beispiel:

Wir nehmen an, daß zwei Betriebe mit je 100 Arbeitern und einem Stundenlohn von einer Mark arbeiten. Beide stellen nunmehr je 25 Arbeiter neu ein, jedoch der Betrieb A, indem er die Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden verkürzt, der Betrieb B, indem er bei der bisherigen Arbeitszeit von 40 Stunden verbleibt. Dann ergibt sich folgendes Bild:

Betrieb A:

	Arbeitsstunden	Arbeiterzahl	Gesamte Arbeitsstunden	Durchschnittlicher Stundenlohn	Gesamtlöhnsomme
Vorher	48	100	4800	1 Mark	4800 Mark
Nachher	40	125	5000	87,5 Pf.	4375 Mark

Betrieb B:

	Arbeitsstunden	Arbeiterzahl	Gesamte Arbeitsstunden	Durchschnittlicher Stundenlohn	Gesamtlöhnsomme
Vorher	40	100	4000	1 Mark	4000 Mark
Nachher	40	125	5000	87,5 Pf.	4375 Mark

Un diesem Beispiel ist zu ersehen, daß der unsoziale Unternehmer A an 125 Beschäftigte für 5000 Arbeitsstunden weniger Lohn zahlt als seither an 100 Beschäftigte für 4000 Arbeitsstunden. Zugleich ist in diesen Fällen eine Senkung der Kaufkraft der Arbeiterschaft eingetreten. Diese

Unternehmer handeln nur gegen Belohnung sozial, tatsächlich aber auch nur scheinbar, denn sie machen ja ein glänzendes Geschäft, handeln sogar unsozial und werden dafür drei- bis viermal belohnt.

Wir sind selbstverständlich damit einverstanden, daß Arbeitsgelegenheit geschaffen wird, aber diese Art Arbeitsbeschaffung scheint uns doch lediglich

ein Geschenk an die Unternehmer auf Kosten der Arbeiter zu sein, ohne daß wirklich mehr Arbeit geschaffen wird.

„Besonders gefährdete Betriebe“ sollen noch einmal durch den Schlichter besonders bedacht werden, durch weitere „Tariflockerung“, d. h. Lohnherabsetzung bis zu 20 Prozent. Wer prüft die Geschäftsbücher und das Geschäftsgebahren solcher Unternehmer? Ist die Arbeitnehmerschaft dabei beteiligt?

Die ganze Notverordnung ist ein gewagtes Experiment, das sich vielleicht in einer Börsenspekulation verliert. Wenn man dem deutschen Unternehmertum erst durch Geschenke aller Art Unternehmungslust beibringen muß, dann gute Nacht mit diesem Unternehmertum. Und wenn hierbei die Arbeitnehmerschaft ausgeplündert wird, so ist das einfach ein Mißbrauch der Macht.

Im Namen unserer Mitgliedschaft protestieren wir gegen diesen Lohnraub, der den Armen das Nötigste nimmt und es den Unerfährlichen in den Taschen wirft. Das ist der Klassenkampf der Besitzenden. Sie holen, was zu holen ist, selbst aus den Taschen der Bettler.

bing, in Kahlhütte, in der Pappenfabrik Monheim, in der Papierfabrik Solingen, in der feuerfesten Industrie Krefelds, in der Papierfabrik Viersen usw.

Die gewerkschaftliche Idee hat noch nichts von ihrer Werbekraft eingebüßt. Aber sie braucht begeisterte, mitreisende Verkünder. Und die muß sie in uns finden.

Begeisterung steckt an. Ist es heute die himmelstürmende Begeisterung, die uns zu neuen Erfolgen führt, so ist es morgen die stille, zähe Arbeit, das beharrliche, treue Pflichtbewußtsein, die zum Bollwerk der Arbeitnehmerschaft einen festen Stein nach dem anderen fügt. Nehmen wir uns ein Beispiel an jenem arbeitslosen Funktionär in Schlesien, der unermüdet in der Hausagitation an 110 Türen klopfte, für den Verband werbend und die Abschießenden mahnend, und infolgedessen auch mit einem schönen Erfolg zurückkehrte.

Politische, soziale und wirtschaftliche Reaktion sind auf dem Marsche. Ihr Ziel ist die vollständige Beseitigung der Gewerkschaften und aller sozialen und politischen Errungenschaften der Arbeiterklasse, die vollkommene Rechtslosmachung und Verklavung der Arbeiterschaft, die schrankenlose brutale Diktatur des Militarismus, der Großagrarier, des Kapitals. Wir werden den Angriff abschlagen, dessen sind wir gewiß, und wir werden auch das, was uns bereits im Wirtschaftskampfe verlorenging, wiedergewinnen. Dazu brauchen wir aber eine starke, schlagkräftige Gewerkschaftsbewegung, zu deren Kerntruppen der Fabrikarbeiterverband gehört. Für ihn müssen wir arbeiten, werden, an jedem Platze, zu jeder Zeit, mit allen Kräften!

In diesem Kampfe für unseren Verband darf es keine Deserteure geben!

Die Reichsregierung zerstört die Lohnsätze und das Schlichtungswesen.

Protest der Gewerkschaften gegen den Lohnraub durch die Regierung.

Am 9. September tagte der Bundesausschuß des DGB, um Stellung zu nehmen zu dem Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung. Wir haben heute nur die an die bis spät in die Nacht dauernde Debatte zusammenfassenden Worte des Kollegen Leipart hervor, der sagte,

daß das Schlichtungswesen in seiner heutigen Form seinen Wert immer mehr verliere, je mehr die Staatsgewalt dazu übergehe, es nur als Mittel zur Behinderung der Gewerkschaften zu handhaben.

An der Überzeugung, daß auf dem von der Regierung Papen eingeschlagenen Wege der privatwirtschaftlichen Initiative ein Auftrieb der Wirtschaft nicht zu erwarten sei, wurde von den Gewerkschaften nach wie vor festgehalten. Um so weniger könnten sie auf die Forderung verzichten, daß die Regierung neben ihren sonstigen Maßnahmen öffentliche Arbeiten großen Stils in Angriff nehme. Zur Finanzierung dieser Arbeitsbeschaffung im Sinne der gewerkschaftlichen Forderungen könnten erhebliche Beträge aus Mitteln entnommen werden, die zur Steuerrückzahlung zur Verfügung ständen.

Wir wiederholen, betonte Leipart, daß nach unserer Auffassung, die sich auf Erfahrungen der letzten Jahre stützt, der weitere Lohnabbau die von der Regierung erwartete Wirkung ihrer Maßnahmen, die Ankurbelung der Wirtschaft, durchkreuzt.

Wir erklären erneut unseren entschiedenen Protest und unseren Willen zum energischen Widerstand gegen den geplanten Lohnabbau und gegen die Durchbrechung der Unabdingbarkeit der Tarifverträge.

Diese Durchbrechung der Unabdingbarkeit hebt den Sinn der Tarifverträge auf. Tarifverträge setzen die tiefste Grenze der Entlohnung, den Schutz der Lebenshaltung der Arbeiterschaft nach unten fest. Dieser Schutz entfällt durch die Bestimmungen der Notverordnung.

Aus dieser Erkenntnis werden die Verbände im einzelnen ihre Konsequenzen ziehen und sich mit aller Kraft der aus der Notverordnung entspringenden Neuregelung entgegenstemmen. Leipart schloß die Sitzung mit der Feststellung, daß diese von ihm gezogenen Folgerungen aus dem Verlauf der Beratungen die ungeteilte einstimmige Zustimmung des Bundesausschusses gefunden haben.

Abnebelung der Gewerkschaftspresse?

Der für den mit Gewalt entfernten Polizeipräsidenten Orzeszki eingesezte neue Berliner Polizeipräsident hat der „Nachbinderzeitung“ mit einem Verbot gedroht wegen ihrer Kritik an der Hunger-Notverordnung. Jetzt ist die „Nachbinderzeitung“ wirklich bis zum 28. September verboten worden.

Die starken Leute sind sehr empfindlich. Aber sie sollen sich nicht einbilden, daß sie mit ihrem Verbot der Arbeiterschaft die Taschen der furchtbaren Auswirkung der Notverordnung verheimlichen können. Die Gewerkschaftspresse wird trotz Verbotandrohung freisagen, was zu sagen ist, auch wenn es sich um Leute vom hohen Adel handelt.

Kein Nachlassen in der Agitation!

Für den Verband! Gegen soziale, wirtschaftliche und politische Reaktion!

Pessimismus und Fatalismus sind sehr bedenkliche Eigenschaften. Können sie schon die Tatkraft und Entschlußfähigkeit des einzelnen lähmen und jedes Vorwärtkommen unmöglich machen, so wirken sie geradezu verhängnisvoll, wenn sie in großen Organisationen Platz greifen, die den Fortschritt und das Interesse ganzer Volksschichten auf ihre Fahne geschrieben haben. Jede Organisationsleitung muß den auftauchenden Pessimismus und Fatalismus in den Reihen ihres Verbandes auf das entschiedenste bekämpfen, will sie nicht, daß diese Stimmungen sich wie ein Krebsgeschwür in der Vereinigung weiter verbreiten. Zeiten des Niedergangs, Perioden der Krisen lassen diese Schlingengewächse besonders leicht und üppig aufwuchern. Sie müssen aber ausgerottet werden, sollen die Gemeinschaften, in denen sie auftauchen, nicht zugrundegehen.

Das gilt ganz besonders für die Gewerkschaften, die zur Zeit den schwersten Kampf führen, der je einer Organisation aufgezwungen wurde. Sie führen diesen Kampf unter den ungünstigsten wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen. Bergehoch türmen sich die Schwierigkeiten, die die gewerkschaftliche Arbeit erschweren. Aber diese Schwierigkeiten müssen überwunden werden.

Die Gewerkschaften sind der stärkste, der zuverlässigste Schutz gegen jede Reaktion sozialer und politischer Art, das sicherste Bollwerk gegen das völlige Hinabsinken der Arbeiterschaft in Rechtslosigkeit und Sklaverei.

An der Gewerkschaftsfront wird jeder reaktionäre Ansturm zerbrechen. Dafür müssen die Gewerkschaften aber gerüstet sein, müssen stark und unüberwindlich gemacht werden. Gerade heute, wo sich die Reaktionen aller Richtungen zusammenfinden, um einen konzentrischen Angriff auf Arbeiterrechte, Arbeiterschaft und Tarifwesen durchzuführen, geeint durch

ihren Haß gegen die aufstrebende Arbeiterschaft und ihre starken Organisationen, muß jeder Funktionär, jedes Mitglied unseres Verbandes das äußerste tun, muß alle Kräfte anspannen, um die Organisation der Fabrikarbeiter stark und noch stärker zu machen, das heißt, daß immer wieder und wieder agitiert und unablässig und zäh in der Werbearbeit fortgefahren werden muß.

Erfolge in der Werbearbeit sind auch in der größten und wütendsten Brandung der Wirtschaftskrise möglich.

Wir haben schon so oft über viele und schöne Erfolge solcher beharrlichen und zähen Kleinarbeit in der Agitation berichten können. Heute zeigen wir noch einmal eine Reihe von Ergebnissen aus unseren Gauen und Zahlstellen auf, die auch dem Jaghabtenden und Unentschlossensten beweisen müssen, daß frische und zuversichtliche Arbeit immer noch Erfolge zeitigt, die der Organisation und damit der Fabrikarbeiterschaft in ihrem Kampfe für den gewerkschaftlichen Fortschritt zugute kommen.

Im Gau 4 wurden im Juni-Juli 200 neue Mitglieder gewonnen, im Mai-Juni in Götting 46, in Hirschberg 20, in Liegnitz 10, in Waldenburg 29, in Weißwasser 25, in Breslau 21, in Gleiwitz-Hindenburg 26, in Glogau 54, in Oppeln 27, in Ratibor 7, in Rauscha 12 Neuaufnahmen erzielt. Die Zahlstelle Boch meldete für den Monat Mai 55 Neuaufnahmen und 6 Übertritte zu uns, Bonn im August 10, in Köln wurden vom 3. bis zum 9. Juli 25, in Hagen vom 5. Juni bis zum 10. August 30 neue Mitglieder gewonnen, Krefeld gewann im August durch Hausagitation 12 neue Mitkämpfer. Dazu kommt noch eine ganze Reihe von kleineren Erfolgen in Strau-

25jähriges Bestehen der Internationalen Vereinigung der Fabrikarbeiter-Verbände.

Im August 1907 tagte ein Internationaler Gewerkschafts- und Sozialistenkongress in Stuttgart. Es war eine Zeit des erbittertesten Kampfes gegen die Arbeiterklasse. Der Träger der deutschen Kaiserkrone hatte auf dem Sparrenberge bei Viefelsfeld eine Rede gehalten, in der Zuchthausstrafe allen angekündigt wurde, die andere an freiwilliger Arbeit hindern. Diese Drohhede ging gegen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und gegen ihre Schutzstaffel, die Sozialdemokratische Partei.

Koalitionsrecht und Arbeiterschutz waren die Themen, die auf dem Kongress behandelt wurden. Kapitalismus, Ausbeutung und Unterdrückung waren international.

Es lag nahe, daß die Anwesenheit in Stuttgart unseren Kollegen Veranlassung gab, die Frage des internationalen Zusammenschlusses zu erörtern. Zu diesem Zwecke trafen am Donnerstag, dem 22. August 1907, die nachfolgenden Vertreter der ungelerten Arbeiter zu einer Sonderkonferenz zusammen:

Lynge und Sörensen vom Dansk Arbejdsmandsforbund (Kopenhagen), Janne Jonsson vom Svenska Grov- och Fabrikarbetsförbundet (Stockholm), August Bryn, Ernst Großmann, Robert Wiesenhütter und Leonhard Wörner vom Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen (Hannover), Auer und Schrammel vom Verband der Arbeiterschaft der chemischen, Papier- und Gummi-Industrie (Wien) und schließlich ein Vertreter des norwegischen Verbandes der Grob- und Fabrikarbeiter.

Alle Teilnehmer waren einig in dem Gedanken der Anbahnung eines internationalen Zusammenschlusses. Es wurde vereinbart:

1. die Frage der internationalen Verbindung in allen fünf Organisationen zur Erwägung zu stellen;
2. zu diesem Zwecke Berichte über Beschaffenheit, Umfang und Statuten der Organisationen auszutauschen;
3. zu versuchen, durch Briefwechsel zwischen den Leitungen der fünf Verbände einen Entwurf für die statutenmäßige Basis der vorläufigen gemeinsamen Arbeit zu schaffen.

Der Verfasser dieses Artikels übernahm das internationale Sekretariat.

Verkehr zwischen den Verbänden.

Bis zu diesem Zeitpunkt standen die fünf Verbände schon im Verkehr miteinander; sie tauschten die Verbandsorgane und wichtige Bekanntmachungen gegenseitig aus. Die Redaktionen der Fachblätter machten auf die jeweiligen Kämpfe in den Ländern aufmerksam und trugen so zur Pflege solidarischen Verhaltens bei. Die österreichischen, bänischen und deutschen Verbandsvorstände hatten gegenseitig ihre Verbandsstage besucht.

Gegenseitigkeitsvertrag.

Zwischen dem österreichischen und deutschen Verband bestand ein Gegenseitigkeitsvertrag über Unterstützung auf der Reise. Der Vertrag wurde 1908 erneuert. Diesem gemäß wurden weiter die Übertritte unentgeltlich vollzogen. Auch skandinavische Mitglieder wurden von der deutschen Organisation unentgeltlich aufgenommen. Der deutsche Fabrikarbeiter-Verband hatte mit den österreichischen Ziegeln zu gemeinsamer Agitation unter den Ziegeln tschechischer Zunge, die über die Grenze auf Arbeitssuche gingen, ein Abkommen getroffen. Das Ziel dieser gemeinsamen Agitation war, die Wanderarbeiter für die Organisation zu gewinnen, sie zu besserer Verwertung ihrer Arbeitskraft bei angemessener Bezahlung zu erziehen.

Unterstützung bei Streiks und Aussperrungen.

Die drei skandinavischen Verbände hatten ein Abkommen getroffen, nach dem Unterstützung bei Streiks und Aussperrungen geleistet wurde. Die Unterstützungspflicht trat ein, wenn ein Verband einen Konflikt austragen hatte, der an Angaben 75 Kr je Woche und Mitglied erforderte. Dieses Abkommen sollte auch für die deutsche und österreichische Organisation verbindlich gemacht werden. Diese vertrauten indessen den Standpunkt, daß es für absehbare Zeit Aufgabe der Organisation jedes einzelnen Landes sein solle und müsse, die finanzielle Grundlage für ihre Wirtschaftskämpfe selbst zu schaffen. Die Unterstützung bei Kämpfen solle wohl eintreten. Aber den Zeitpunkt, wann eine Organisation jener eines anderen Landes Unterstützung gewähren solle und über die Höhe der Unterstützung müsse jede Organisation selbständig entscheiden können.

In den einzelnen Ländern.

Im Jahre 1907 bestand ein Verband der Fabrikarbeiter in den Niederlanden, er hatte im Jahre 1908 733 Mitglieder. In Belgien war ein Verband 1910 gegründet worden, der im Mai des gleichen Jahres 625 Mitglieder zählte. In Frankreich waren mehr als 200 Anläufe zu Organisationen vorhanden. Der Verband der Zündholzarbeiter schätzte sich auf 1500 Mitglieder ein; der Verband der Steinbrecher und Kalkbrenner auf 1667; der Verband der Arbeiter im keramischen Gewerbe einschli. Ziegler etwa 3000. Öl- und Petroleum-Arbeiter schätzten sich auf 400. Der Verband der Papierindustrie hatte 1000 Mitglieder. Der Verband der Arbeiter in Puder- und Zuckerfabriken rechnete mit 2000 Mitgliedern. In der Fabrikarbeiter-Internationale ist Frankreich ein Sorgenland geblieben. Festigkeit ist in die Mitgliederzahl nicht gekommen. Ein Faktor, mit dem international gerechnet werden konnte, wurden die ungelerten Fabrikarbeiter Frankreichs bis jetzt nicht. So ist noch manches Land zu nennen, in dem vor 25 Jahren die Organisation Anläufe zeigte. Ungarn hatte im Jahre 1906 1905 Mitglieder. Arbeiterfeindliche Maßnahmen der Regierung brachten die Zahl bis zum Jahresabschluss 1908 auf 318 zurück.

Klassenkampf der Unternehmer.

In der Geburtsstunde der Internationale machten die Unternehmer mobil. In Deutschland gründeten sie gelbe Werkverbände. Da die Arbeitsnachweise Einrichtungen der Unternehmerorganisationen waren, wurden die organisierten Arbeiter meistens von der Arbeit ferngehalten; man versuchte sie auszuhungern. So versandte der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie ein geheimes Zirkular an seine Mitglieder. Sein sozialpolitisches Komitee verfolgte mit besonderer Aufmerksamkeit die Entwicklung des Fabrikarbeiter-Verbandes. In dessen Zunehmen und Machtzuwachs erblickte er „eine ernste Gefahr für die Prosperität der chemischen Industrie Deutschlands in der Zukunft“. Das ist die gleiche antisoziale Einstellung, die sich heute in der gesamten kapitalistischen Welt bemerkbar macht.

Der norwegische Verband der Grob- und Fabrikarbeiter hatte gegen eine Aussperrung zu kämpfen, die sich auf die Hälfte sämtlicher organisierten Arbeiter erstreckte. Die Zertrümmerung der Organisation war das Ziel der Aussperrung. Die Regierung machte indes das frivole Spiel nicht mit. Sie veranlaßte die Einsetzung eines Schiedsgerichts. Obwohl der Kampf finanziell für die Organisation große Opfer erforderte, ging sie gestärkt an Zahl und Ansehen aus ihm hervor.

Belgien.

Im Jahre 1911 hatte der Verband der belgischen Kollegen in 36 Ortsgruppen 5786 Mitglieder zu verzeichnen. Die Unternehmer begannen einen Vernichtungskampf gegen den Verband; Versammlungs- und Koalitionsrecht wurden außer Geltung gesetzt. Wie der Verbandssekretär, August De Bruyne, berichtete, wurden die Verbandsmitglieder entlassen, sobald sie sich an Versammlungen der Organisation beteiligten. Was das die Unternehmer genügt hat, ergibt die Tatsache, daß heute nach 25 Jahren der belgische Verband die stärkste Organisation des Landes geworden ist.

Zweite Internationale Konferenz der Fabrikarbeiter.

Im Anschluß an den Internationalen Sozialisten- und Gewerkschaftskongress am 2. und 3. September 1910 in Kopenhagen tagte eine zweite Konferenz der Fabrikarbeiter.

Zu dieser Konferenz waren alle Verbände, mit denen Beziehungen angeknüpft und deren Adressen bekannt geworden waren, eingeladen, u. a. auch die englischen Organisationen der Fabrikarbeiter, der Gasarbeiter und der Ziegelbrenner sowie der holländische Fabrikarbeiter-Verband. Aus Frankreich und Italien standen keine Adressen zur Verfügung.

Neben den fünf auf der Stuttgarter Konferenz vertretenen Verbänden nahmen jedoch nur der finnische Verband der Papier- und Sägewerksarbeiter und der bulgarische Allgemeine Arbeiterverband an der Konferenz teil.

Der internationale Sekretär schlug zur Erweiterung der internationalen Beziehungen eingehende Berichterstattung nach einheitlichen Gesichtspunkten vor. Ergänzend forderten die drei skandinavischen Vertreter alljährliche statistische Erhebungen, die durch den Sekretär zu einem Sammelbericht bearbeitet werden sollten.

Die Konferenz faßte folgende Beschlüsse:

Übertritt.

Mitglieder, die in ein anderes Land reisen, werden von der dem Sekretariat angeschlossenen Landesorganisation ohne Eintrittsgeld aufgenommen. Die geleisteten Beiträge werden angerechnet. Die erworbene Mitgliedschaft gilt für Unterstützungen, die in beiden Organisationen gleichartig vorhanden sind.

Unterstützungen und Vorteile, die die bisherige Organisation nicht gewährte, kann das überretende Mitglied erst genießen, wenn es in der Organisation, zu der der Übertritt erfolgte, die vorgesehene Karenzzeit erfüllt hat.

Internationale Unterstützung bei großen Streiks und Aussperrungen.

Die Frage der internationalen Unterstützung spielte eine große Rolle. Nach Vorschlag der deutschen und österreichischen Vertreter sollte vor Anrufung des Internationalen Sekretariats die Landeszentrale über das Recht auf Hilfe durch andere Organisationen entscheiden. Die skandinavischen Verbände wünschten, das Sekretariat solle selbständig entscheiden können.

Als Grundsatz wurde aufgestellt, daß jede angeschlossene Organisation ihre Beiträge so zu stellen hat, daß sie ihre Kämpfe in der Regel aus eigenen Mitteln führen kann und nur bei den allergrößten und ernstesten Konflikten genötigt ist, die Hilfe der Bruderverbände anzurufen.

Über die Gewährung einer Unterstützung, besonders über deren Höhe, entscheidet jede Organisation selbständig.

Wird eine Organisation in einem Umfang angegriffen, daß die eigenen Mittel und die Unterstützung des eigenen Landes nicht hinreichen, so ist das internationale Sekretariat über den Kampf zu informieren. Das Sekretariat hat dann zu prüfen, ob die im Regulator ausgesprochenen Grundsätze erfüllt sind, und besonders auch, ob es etwa nicht möglich ist, innerhalb des eigenen Landes noch Hilfe zu erhalten. Wird die Hilfe der angeschlossenen Organisationen durch das internationale Sekretariat angerufen, so ist den Organisationen ein Bericht über den Kampf zu geben.

Zuzug von Streikbrechern.

Um den Zuzug von Streikbrechern zu verhindern, hat das Sekretariat für Bekämpfung größerer Kämpfe zu sorgen und die moralische Unterstützung der angeschlossenen Verbände anzurufen.

Aus dem Geschäftsbericht über die Jahre 1910 und 1911 geht hervor, daß während dieser Periode die Fabrikarbeiter-Verbände Belgiens und Hollands in die internationale Ver-

bindung einbezogen wurden. Im Jahre 1912 trat auch der belgische Verband in die Internationale ein.

Im Geschäftsbericht über die Jahre 1910 und 1911—1912 ist zu lesen:

„Holland: Von unserer Brudervereinigung in den Niederlanden konnten wir recht wenig erfahren; die Aufforderung zu einer Berichterstattung an den internationalen Sekretär ist von dessen Vorstand unbeachtet geblieben. Hoffentlich wird dieses Stillschweigen bald abgelöst durch Berichte, die von dem Vorwärtsschreiten des Verbandes Kenntnis geben.“

Das ist ja dann auch wirklich eingetroffen. Der holländische Verband blickt in diesen Tagen auf sein 25jähriges Bestehen zurück. Seine Mitarbeit ist glänzend, wie überhaupt die Mitarbeit aller Organisationen gut geworden ist.

Die nachstehende Tabelle zeigt, wie sich die Mitgliederzahlen der angeschlossenen Verbände in den Vorkriegsjahren entwickelt haben:

	1910	1911	1912	1913
Belgien	—	—	5 786	3 681
Bulgarien	768	848	—	—
Dänemark	29 480	30 783	36 913	39 448
Deutschland	168 706	189 443	207 597	207 384
Holland	—	—	613	2 107
Norwegen	—	20 256	22 237	21 288
Österreich	12 971	14 201	14 456	14 566
Schweden	12 790	11 521	12 420	13 897
Insgesamt	224 715	267 052	300 022	302 371

Das Jahr 1914.

Im Jahre 1914 war ein dritter internationaler Kongress in deutschen Ländern in Aussicht genommen. Er sollte in Wien tagen. Das Land Österreich und die Hauptstadt Wien rüstete schon zum Empfang, die deutschen Kollegen hatten bereits Delegierte gewählt. Da krachten die Schüsse in Serajewo. Die Weltgeschichte wurde in andere Bahnen geworfen. Es entstand ein Weltbrand, der Millionen Menschen tötete, Millionen von Jünglingen und Männern zu Krüppeln schlug, Millionen in den Hungertod trieb, Millionen der Gesundheit beraubte, Greise, Frauen und Kinder nicht schonte, die Wirtschaft der Welt zerstörte.

Die organisierten Arbeiter und die Friedensbestrebungen.

In der Internationale hat diese Frage eine Rolle gespielt: Warum ist der Krieg nicht verhindert worden? Besonders die deutschen Kommunisten erheben heute noch den Vorwurf, die deutsche Sozialdemokratie habe durch ihre Kreditbewilligung erst die Kriegführung ermöglicht und die Beschlüsse der Internationale in Stuttgart nicht beachtet. In Stuttgart ist die Frage des Generalstreiks im Falle eines Krieges erörtert worden, aber nicht von deutscher Seite. Es waren Gustave Hervé und andere Franzosen, die die Idee des Kriegsstreiks vertraten. W e b e l s Antwort war: „Ich muß rund heraus erklären, daß dieses Mittel bei uns unmöglich ist.“

In Kopenhagen erklärte 1910 der österreichische Genosse Renner:

„Vor zwei Jahren und vor einem halben Jahre haben wir Gelegenheiten gehabt, die Kriegsgefahr zu bekämpfen. Wir konnten auch die einzelnen Mittel der Kriegsverhinderung prüfen. Aus diesen Erfahrungen haben wir nicht den Mut geschöpft, für den Generalstreik als verpfichtend für alle Parteien einzutreten.“

Die deutschen Arbeiter haben den Krieg nicht verhindert, nicht verhindern können; die anderen Arbeiter der kriegsführenden Länder konnten es ebensowenig.

Gustave Hervé hat auch in Frankreich keinen Kriegsstreik entfesselt, sondern ist einer der größten Kriegsschreier geworden.

Das Ende des Krieges herbeizuführen, war trotzdem der Wunsch aller über ihre Klassenlage denkenden Arbeiter.

Schon im Dezember des Jahres 1914 lag dem deutschen Reichstag eine Interpellation vor, die den Sach enthielt, „daß dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht und die Gegner zum Frieden geneigt sind, durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht, ein Ende gemacht wird“.

In Deutschland lehnten Sozialdemokratie und Gewerkschaften, vertreten durch Generalkommission und Vorstandskonferenz, jede Verantwortung für den Krieg ab. In einer Erklärung sprachen sie aus: „Wir befinden uns im Einklang mit der Internationale, die das Recht jedes Volkes auf nationale Selbständigkeit und Selbstverteidigung jederzeit anerkannt hat, wie wir in Übereinstimmung mit ihr jeden Eroberungskrieg verurteilen.“

Die kapitalistischen Mächte in Deutschland waren stärker als der Friedenswille der Arbeiter. Sie haben einen früheren Friedensschluß verhindert. Daß die kapitalistischen Regierungen der anderen kriegsführenden Länder nicht jeden Eroberungskrieg verurteilen, beweisen die Friedensverträge von Versailles, St. Germain und andere.

Während des Krieges und lange vor seiner Beendigung haben die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften sich eingelegt, um das Los der internationalen Kriegsgefangenen und der nach Deutschland Deportierten nach Möglichkeit zu erleichtern. Die Gewerkschaften haben zu jeder Zeit anerkannt, daß Belgien schweres Unrecht zugefügt wurde; sie haben auch stets die Grausamkeiten verurteilt, die während der Besetzung Belgiens begangen wurden.

Der holländische Vorsitzende der Landeszentrale, Genosse Oudegeest, regte im Dezember 1914 bei der deutschen Generalkommission eine internationale Hilfeleistung zugunsten der belgischen Bevölkerung an. Dem kam Karl Legien als Vorsitzender der Generalkommission sofort nach, und auch die deutschen Arbeiter sind diesem Ruf internationaler Hilfeleistung nachgekommen.

Der Internationale Gewerkschaftsbund.

Eine Befestigung des Internationalen Gewerkschaftsbundes war während des Krieges nicht möglich. Die Briefsperrung verhinderte einen Gedankenanstausch selbst mit den neutralen Ländern. Auf Anregung Karl Legiens und der Landeszentrale der Niederlande wurde eine Zweigstelle des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam errichtet.

Die Vertreter der Landeszentralen Frankreichs und Englands schlugen im Anfang des Jahres 1915 vor, den Sitz des Internationalen Gewerkschaftsbundes in ein neutrales Land zu verlegen, und unterbreiteten diesen Vorschlag dem Präsidenten der Allgemeinen Arbeiter-Föderation der Vereinigten Staaten (American Federation of Labor), der ihn dem Vorsitzenden des Internationalen Gewerkschaftsbundes am 4. März 1915 sandte. Ehe eine Antwort gegeben wurde, veröffentlichte das Zentralorgan der englischen Gewerkschaften die in der Angelegenheit geflogene Korrespondenz. Der Vorsitzende Karl Legien sah sich deshalb veranlaßt, die Landeszentrale der Niederlande zu ersuchen, eine internationale Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentralen einzuberufen, die über die weitere Ausgestaltung des Internationalen Gewerkschaftsbundes beschließen sollte.

Eine Umfrage der Genossen Joubaux (Frankreich) und Appleton (England), ob der Sitz des Internationalen Gewerkschaftsbundes verlegt werden sollte...

Am 5. Juli 1918 tagte in Leeds (England) eine Gewerkschaftskonferenz, an der Vertreter der Landeszentralen von England und Frankreich und Vertreter Italiens teilnahmen...

Eine von der Zweigstelle Amsterdam einberufene internationale Konferenz tagte am 8. Juni 1917 in Stockholm. Es waren beteiligt die Landeszentralen von Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Holland, Norwegen, Österreich, Schweden und Ungarn...

Internationale Gewerkschaftskonferenz in Bern.

Diese Konferenz leistete wichtige soziale Vorarbeiten für den Friedensvertrag. Sie setzte mehrere Kommissionen ein, die eine Reihe von Entschlüssen vorlegten für die Friedensverträge...

Bei der Konferenz in Bern, an der auch der Unterzeichner teilnahm, war die Stimmung den deutschen Delegierten nicht günstig. Die Berichterstattung des deutschen Generalstabs tat ein übriges, um die Luft zu vergiften...

Walt es bis dahin als unbestritten, daß Deutschland als das Land der stärksten Gewerkschaftsbewegung auf dem Kontinent auch den Sitz der internationalen Leitung haben müsse...

In Amsterdam trat vom 28. Juli bis 2. August 1919 der erste Gewerkschaftskongress nach dem Kriege zusammen. In den ersten Sitzungen zitterte die Kriegsstimmung von Bern noch hinein.

Die praktische Arbeit beginnt.

Der Kongress formulierte ein Programm, wie es in den Beschlüssen in Leeds und Bern bereits niedergelegt worden war. Er nahm Stellung zur geplanten internationalen Arbeitskonferenz in Washington...

So trat auch der internationale Geist sehr bald in Erscheinung und drängte zum Aufbau, zu Handlungen, zu solidarischer Arbeit.

Bald nach dem Amsterdamer Kongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes wurden auch zwischen den Fabrikarbeiter-Verbänden die internationalen Verbindungen wieder aufgenommen.

Am 25., 26. und 27. Oktober 1920 tagte in Amsterdam der erste Internationale Fabrikarbeiterkongress seit dem Kriege.

Es nahmen an diesem Kongress 10 Verbände aus 9 Ländern teil, und zwar aus: Schweden, Norwegen und Dänemark, Großbritannien, Belgien und Holland, Deutschland, Österreich und der Tschechoslowakei...

Mit Ausnahme des bulgarischen Verbandes waren alle früheren Mitglieder der Internationale vertreten. Außerdem hatten die bedeutendsten Verbände der britischen Föderation der ungelerten Arbeiter (National Federation of General Workers) Delegationen geschickt...

Obgleich selbstverständlich auf diesem ersten Kongress die großen Fragen nur aus allgemeinen Gesichtspunkten berührt werden konnten, wurde u. a. darauf hingewiesen, daß gegen die internationalen Trusts und Kartelle, die aufzuwachsen begannen, nationale Organisationen nichts ausrichten können...

Nachdem während des ersten Kongressstages Delegierte verschiedener Länder ihrer Meinung über die Aufgaben der neuen Internationale Ausdruck gegeben hatten, wurde eine Resolution angenommen, in der sich die Internationale auf den Boden des IGB stellte. Am zweiten Tage trat die Statutenkommission zusammen...

- 1. die Unterstützung und Förderung von organisatorischen Bestrebungen in Ländern, wo Organisationen der Fabrikarbeiter nicht oder sehr schwach vertreten sind;
2. Herbeiführung und regelmäßige Unterhaltung der Verbindungen mit dem IGB, und den anderen internationalen Berufssekretariaten.

An dieser Stelle können wir unsere Arbeit abbrechen.

Jedermann kann sich von der Weiterentwicklung der Fabrikarbeiterinternationalen aus dokumentarischen Quellen weiter unterrichten. Der Krieg hat die Internationale nicht gestoppt. Ihr Aufgabenkreis ist gewachsen, ihr Ziel weiter gesteckt...

Es ist Aufgabe der jüngeren Generation, das Werk fortzusetzen bis die Befreiung der Arbeiterklasse aus wirtschaftlicher und sozialer Not zu Wohlergehen und Freiheit all dessen, was Menschenanlieh trägt, erreicht ist.

Hannover, Anfang Juli 1932.

August Brey, Vorsitzender.

wurde seinerzeit nicht einmal regreßpflichtig gemacht, ja, der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende Bodenheimer, der von der ehemaligen Danabank entlassen wurde, ist auch heute noch angesehener Direktor der neugegründeten Dresdner Bank...

Len Hompel, der durch wahnwitzige Expansionspolitik und nutzlose Neubauten den Zementkonzern „Amierte, bewohnt eine pompohafte Villa und hat nach wie vor Büros im Hause des Konzerns, in denen er geschäftsfähig ist und seinen Besitz an Wieding-Aktien verwalte...

Die Direktoren der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-gesellschaft sind z. B. so gut abgefunden worden, daß ihre restlichen Vermögensanteile sie vor dem Äußersten schätzen. Der Aufsichtsrat national, bis auf die Knochen international, wie sie selbst, die Herren, national waren.

Das Krisenrisiko der Unternehmer.

In dem „Politisch-gewerkschaftlichen Zeitungsdienst“, der zu den christlichen Gewerkschaften in Beziehungen steht, beschäftigt sich Dr. Werner Weikers mit den Folgen, welche die zahlreichen Zusammenbrüche wirtschaftlicher Unternehmungen in den letzten Jahren einerseits für die Arbeiter und Angestellten und viele kleinere Existenzen aus anderen Schichten des Volkes, andererseits jedoch für die Personen hatten, die verantwortlich an der Spitze der Unternehmungen standen...

„Stets verloren Tausende von Arbeitern und Angehörigen ihren Arbeitsplatz und die Aktionäre und die Gläubiger ihr Geld“, während „das fernere Schicksal gefallener Größen des Wirtschaftslebens gar nicht so trostlos ist.“ Weikers schreibt:

„Die Direktoren der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-gesellschaft sind z. B. so gut abgefunden worden, daß ihre restlichen Vermögensanteile sie vor dem Äußersten schätzen. Der Aufsichtsrat

Anilin Roman von Fritz Molinar

37. Fortsetzung

Die sollen ein paar Direktoren entlassen, dann können die Leute beschäftigt werden. „Kollegen“, rief Mannhart in die erregte Versammlung, „wenn ihr euch nicht wieder organisieren tut, hängen sie uns den Brotkorb noch oben auf den großen Kamin neben dem Invalidentom!“

Die Versammlung lehnte den Antrag der Werksleitung ab.

Das hinderte die Werksleitung jedoch nicht an der Einführung der Kurzarbeit. Natürlich nur für die Arbeiter; die Direktoren, Produktisten und sonstige Untergebener arbeiteten weiter jenseits der Fabrik. Das erregte bitterböses Blut unter der Arbeiterchaft. Die Fläche und Vermählungen, die manchmal im Badhaus aus geprägten Arbeiterhirnen zuckten, hätten jeden unbefangenen Beobachter mit Grauen erkennen lassen, was einmal werden kann, wenn die Anarchie des Hungers, des Massenelends, der Massennot, der Massenverweigerung gegen die Anarchie des Geldsacks, des Macht-hungers, der Prafferei und Genußsucht auf die Barrikaden steigt...

Der erste Lohntag, der auf die Kurzarbeit folgte, war der Tag vor Weihnachten. An diesem Tage sah Mannharts Lohnkäse ungefähr so aus:

Table with 2 columns: Item and Amount. Items include Lohn je Stunde, Brutto-lohn, Kopfschlag, Gesamtlöhn, Kranken- u. Erwerbsl.-Versich., Invalidentversicherung, Miete, Kohlen, Darlehen, Auszubehrender Betrag.

Dabei war Mannhart in der zweiten Lohnstufe. Die dritte hatte noch zwei Pfennig weniger je Stunde, und wer nur ein Kind hatte, sogar sechs Pfennig. Die drei Mark Darlehen erhielt Mannhart für den Bezug von Waren (Kleider, Schuhe) aus dem Kaufhaus abgezogen, welche sich seine Frau dort besorgte und geborgt hatte. Mit solchen Löhnen mußten die Arbeiter der reichen, mächtigen Alfa ihre Familien ernähren.

An diesem Weihnachtstag war das Christkind nicht zu den Proleten der Allgemeinen Farbenaktiengesellschaft gekommen.

14. Kapitel.

Am Anfang des neuen Jahres fand im Separatzimmer des Verwaltungsbaues der Alfa eine Geheiminsitzung statt, an welcher Verwaltung und Aufsichtsrat teilnahmen. Der Generaldirektor gab zunächst einen wirtschaftlichen und finanziellen Situationsbericht der Gesellschaft, ebenso referierte er über die allgemeine Wirtschaftslage und die politischen Verhältnisse.

Die Produktions- und Absatzbasis der Allgemeinen Farbenaktiengesellschaft begann Formen und Dimensionen anzunehmen, die bislang niemand für möglich gehalten hätte. Der kontraktuelle Aufbau von der Kohle über die Verschmelzung zum Teer, von der Gewinnung wertvoller Ole, darunter das Anilin bis zur synthetischen Herstellung der Anilinfarben, deren Arten nach Tausenden zählen, nebst den ebenfalls unzähligen organischen Säuren und Basen, die künstliche Gewinnung von Stickstoff, Verfahren zur Herstellung von Kohlenwasserstoffen, ebenfalls aus Kohle, die Produktion von Papier und Kunstfaser, alle verwendbaren, notwendigen Rohstoffe und Halbfabrikate erforderten eine sorgfältige Eingliederung in den ungeheuren Produktionsprozeß, der unter dem Namen „Allgemeine Farbenaktiengesellschaft“ in der ganzen Welt bekannt war.

Immer mehr Produktionsanlagen wurden diesem Riesenkonzern angeschlossen, ein- und angegliedert. Ganze Industriezweige verschluckte das Reptil oder konkurrierte sie anschluckfrei. Die Alfa bohrte sich mit ihrem Produktionsapparat, ihrem Riesenkapital in alle ihr verwandten, profitgeigneten Industriezweige. Bald koalitierte sie sich mit diesem, bald verschluckte sie einfach jenen selbstherigen Konkurrenten; bald erwarbte sie hier ein Aktienpaket, dann nahm sie dort die Mehrheit der Anteile in Besitz, bald warf sie sich mit ihren Kapitalien auf neue Erfindungen, vermählte sich mit einer schwächeren Aktiengesellschaft oder sprengte eine ihren Interessen im Wege stehende andere G. m. b. H., darauf schloß sie mit dem Nachbarkonzern eine Preiskonvention, und kurz danach unterzeichnete die Verwaltung internationale Quotenverträge.

Die nationalen, bis auf die Knochen nationalen Herren der Alfa übertrafen mit bewundernswürdigen, profitbringenden Saffo mortales die nationalen Grenzen. Ihr Profit war ebenso inter-

national, bis auf die Knochen international, wie sie selbst, die Herren, national waren.

Überall bohrte sich die Alfa hinein. In die Banken und Börsen, das Zeitungswesen, den Propagandaapparat, den Film, in die Parteien, die Politik und Wirtschaft. Ihr Einfluß reichte durch gute und ebenso geheime Verbindungen bis in die höchsten Regierungskreise. Wie eine gigantische Herkulessäule stand sie im Blickfeld der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Kein Wunder, wenn aus Gliedern, Armen und Ädern der gewaltigen Hydra der Goldstrom überreichlich in die Zentrale abfloß. Diesen Goldstrom wieder etwas aus der Zentrale, aus dem Herzen dieses Riesenkorpus in die entlegeneren Rezervoirs abzuleiten, von wo sie dann wieder unauffällig in die Zentrale zurückgenommen werden konnten, das war der Zweck dieser Geheiminsitzung. Der Goldstrom sollte der Kontrolle der Öffentlichkeit und auch der Finanzämter etwas entzogen werden.

Nach seinem Bericht über die politische, wirtschaftliche und finanzielle Lage der Welt wandte sich der Sprecher wieder den speziellen Fragen des Unternehmens zu. Die erdentliche Ausdehnung sowie die zufriedenstellenden Erfolge in der An- und Eingliederung aller Unternehmungen vom Urstoff bis zum Fertigfabrikat habe die finanziellen Ergebnisse außerordentlich günstig beeinflusst. Außerdem gingen die Überschüsse aus Schwesterunternehmungen, Beteiligungen und Quotenverträgen so ein, wie laut Verträgen vereinbart wurde. Das hätte jedoch eine nicht geringe Erweiterung des banktechnischen und finanziellen Apparats zur Folge gehabt. Für die Zukunft ersah er die weitere Anhäufung der finanziellen Mittel nicht von Vorteil. Vorläufig möchte die Verwaltung aus allgemein wirtschaftlichen Gründen keine weiteren Mittel aus den Erträgen in investieren. Eine erregte Erhöhung der Dividende für das laufende Geschäftsjahr, ebenso die Ausgabe von weiteren Gratis- oder Vorzugsaktien halte die Verwaltung für nicht im Interesse der Firma gegenüber der Öffentlichkeit liegend. Auch vermöchte die Verwaltung die bankmäßige und absolut wirtschaftliche Anlage solcher Riesenkapitalien ohne Beeinträchtigung der kaufmännischen und technischen Verwaltung nicht mehr voll zu übernehmen. Er schlage deshalb vor, bestimmte Teile der Erträge sollen auf eine zu bildende Gesellschaft im neutralen Ausland transferiert werden. Und zwar die Erträge aller nicht zur Gründungsfirma gehörigen Unternehmungen. Diese neue Gesellschaft solle sich keinesfalls mit Neugründungen oder Investierungen befassen, sondern sie soll nur eine Zusammenlegung aller Neben- und Tochterunternehmungen, eine sogenannte Holdinggesellschaft darstellen zur Aufnahme bestimmter Kapitalien der Mutterfirma, ein Reservoir, aus welchem diese Kapitalien in Form besonderer Dividenden an die Aktionäre der Muttergesellschaft zurückfließen.

(Fortsetzung folgt)

Osterreichischen Kreditanstalt, Friedrich Ehrenfest, Elisabeth als weiteres Wohnquartier und Jakob Michael nach dem Zusammenbruch seines Misch-Masch-Konzerns eine Villa im Haag zum Aufenthalt aus. Die trauernden hinterbliebenen Hypothekendarlehen versuchen indes durch Zwangsbewirtschaftung der Michaelschen 58 Grundstücksverwaltungs-gesellschaften zu retten, was zu retten ist. Er selbst baut in Holland eine Unternehmung, die den Chemiehändler betreibt, auf, verwalte auch von dort aus noch sein reichliches Vermögen, das er vorsichtshalber als eine Vermögensgesellschaft Erna Michael in Frankfurt in Sicherheit gebracht hat."

Muß man dem Landjäger Auskunft geben?

Viele Leute, auch unsere Kollegen und Kolleginnen, sind der irrthümlichen Auffassung, sie müßten auf jede Frage eines Landjägers oder eines Schuhmannes Auskunft geben. Kein Mensch ist dazu verpflichtet, am allerwenigsten, wenn er sich selbst belasten würde. Im letzten Falle kann er sogar vor Gericht die Aussage verweigern, ohne nachteilige Folgen. (Außerdem wurde ja in letzter Zeit in Deutschland selbst von hochstehenden Persönlichkeiten das Recht mit Füßen getreten.) Durch eine Pressenotiz ist kürzlich bekanntgeworden, daß die kommissarische preussische Regierung Ermittlungen anzustellen gedenkt, die sich besonders auf das Reichsbanner und die Eiserner Front beziehen sollen. Jetzt erhalten wir die Mitteilung, daß einem unserer Kollegen im Kreise Elbing vom Landjäger dem Sinne nach folgende Fragen gestellt worden sind:

- Welche Verbände kommen am Ort in Frage?
- Wieviel Mitglieder hat unser Verband?
- Besteht eine Ortsgruppe des Reichsbanners?
- Wie stark ist dieselbe?
- Wie heißt der Vorstand?
- Besteht eine Ortsgruppe der SPD?
- Wie stark ist dieselbe?
- Wie heißt der Vorstand?

Wir stellen ausdrücklich noch einmal fest: Niemand ist verpflichtet, dem Landjäger oder dem Schuhmann Auskünfte dieser Art zu geben. Weder Geschäftsführer noch sonstige Verbandsfunktionäre oder Verbandsmitglieder sind verpflichtet, Mitteilungen dieser oder anderer Art zu machen.

Eine Frage sei bei dieser Gelegenheit an die preussischen Kommissare gerichtet: „Soll etwa festgestellt werden, wie stark Reichsbanner und Eiserner Front in den einzelnen Orten sind gegenüber den Nazis?“

Die „Sozialpolitischen Maßnahmen“ der Reichsregierung.

„Der Proletarier“ brachte in der Nr. 37 vom 10. September auf der ersten Seite einen „Referentenentwurf“, den die Reichsregierung nach ihrer eigenen Erklärung wieder fallen gelassen hat, unter der Überschrift: „Zerschlagung der Sozialpolitik?“ Wir taten gut daran, den Entwurf trotz der Erklärung der Regierung zu veröffentlichen, denn der jetzt in der Roboterordnung erschienene zweite Teil „Sozialpolitische Maßnahmen“ deckt sich — bis auf einige einleitende Bemerkungen — wörtlich mit unserem veröffentlichten Referentenentwurf. Weshalb die Reichsregierung erklären ließ, den Referentenentwurf fallen gelassen zu haben, ist demnach ein Rätsel, das wir nicht zu lösen vermögen. Die Reichsregierung ist also von Hindenburg ermächtigt, wenn sie will, die ganze Sozialversicherung zu zerschlagen.

Warten wir also ab, wie es nach einem Vierteljahr im deutschen Porzellanladen aussieht.

Das Existenzminimum.

Was das ist, weiß niemand, jedermann stellt sich darunter etwas anderes vor. Das Existenzminimum eines Bankdirektors, eines Amtsleiters, eines Generals, eines Bürgermeisters, eines Arbeiters u. dgl. ist jeweils etwas anderes. Die Reichsregierung kann uns nicht sagen, was man unter dem Existenzminimum einer Arbeiterfamilie versteht, die bei dem heutigen Einkommen sich weder Wäsche, Kleider oder Gemüthartikel kaufen kann, die schon Hunger leidet, und der man durch Roboterordnung erneut das Einkommen kürzt zugunsten derer, die Not nicht kennen. Wir danken für diesen Aufbau, der zugunsten einer nimmermatten Gruppe die Armut ausplündert. Wir danken für diese Wirtschaftsbelebung, die den Börsenwölfen Menschenfleisch zum Opfer bringt. Denn dieser „Aufbau“ wird zur Folge haben Erhöhung der Krankenziffera und der Sterblichkeit. Die Zeit wird es beweisen. Schließlich ist das Existenzminimum heruntergedrückt auf das nackte Leben, das gestriekt werden kann mit täglich einem halben Kommissläub. Also, Reichsregierung, was verstehtst du unter dem Existenzminimum eines Proletariats, also eines ganz gewöhnlichen Menschen?

Papier-Industrie

Eine Sitzung des Ausschusses der Deutschen Papierindustrie am 31. August in Berlin.

Es lag ein Antrag unserer Gewerkschaft Dresden vor auf Gewährung einer Lohnzulage für die Arbeiterinnen an den Trockenkanälen bei der Fa. L. Oshaghenrich-Werke, AG., Heidenau.

Der Antrag wurde als zur Zeit unzulässig zurückgewiesen.

Die Verhandlung über einen Antrag unserer Gewerkschaft Erfurt auf Entschädigung über die Weidungsfähigkeit der Sonderlohnregelung für dieses Papierfabrik, G. m. b. H., Rosenhain-Neug. vom 18. Februar 1932 nach dem 2. Juli 1932 wurde auf den 2. September 1932 verlagert, weil eine Arbeitnehmerschutzkommission nicht erschienen war. Das gleiche Schicksal aus dem gleichen Grunde erfuhr ein Antrag der Gewerkschaft Erfurt auf Entschädigung über die Anwartschaft der Weidung des § 7 Abs. 1 B.G.B. auf die Firma Matrignfabrik A. u. F. Schneider, Freyburg a. d. Unstrut.

In diesem Falle fehlte auch die Arbeitnehmervertretung.

Ein Antrag der Gruppe Brandenburg des Arbeitgeberverbandes auf Verweisung des Steinbockwerkes von Ortsklasse 3a nach Ortsklasse 4 wurde abgelehnt.

Zu dem Antrag auf Lohnregelung für die Gruppe Hefenheffen-Nassau kommt ein Widerspruch wegen Stimmengleichheit nicht zustande.

Jugendbewegung.

Sozialer Dienst - Hilfswerk der Arbeiterschaft für die erwerbslose Jugend.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angehörtenbund, der Hauptauschuß für Arbeiterwohlfahrt, der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, der Verband der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und die Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege haben eine Reichsarbeitsgemeinschaft gebildet, um ein ständiges Zusammenwirken zur Förderung und Durchführung aller Maßnahmen auf dem Gebiete der Arbeitshilfe für die erwerbslose Jugend zu gewährleisten. Die Reichsarbeitsgemeinschaft hat ihren Sitz in Berlin und führt den Namen „Sozialer Dienst - Hilfswerk der Arbeiterschaft für die erwerbslose Jugend“.

Der freiwillige Arbeitsdienst hat bekanntlich in vielen Gebieten Deutschlands eine beachtliche Ausdehnung angenommen. Über die meisten seiner Arbeitslager und Arbeitsdienstmassnahmen standen unter der Leitung von Personen oder Organisationen, die nicht im Sinne der modernen Arbeiterbewegung tätig waren, sondern ganz eindeutig in reaktionärem, militaristisch-chauvinistischem Sinne auf die ihnen anvertrauten jugendlichen Erwerbslosen einzuwirken suchten. Da die proletarische Jugend in größerem Maße arbeitslos ist und daher besonders Gefahr läuft, in den Arbeitslagern dieser „nationalen körperlichen und geistigen Erziehung“ zum Opfer zu fallen, mußten die freien Arbeiterorganisationen dem freiwilligen Arbeitsdienst größere Beachtung schenken und versuchen, mehr als bisher Einfluß auf die Gestaltung des freiwilligen Arbeitsdienstes zu gewinnen. Diesem Zwecke dient unter anderen auch die neue Reichsarbeitsgemeinschaft des „Sozialen Dienstes“. Außerdem will der „Soziale Dienst“ seinen Aufgaben auf dem Gebiete der Arbeitshilfe gerecht werden durch Beratung aller mit der sozialen Arbeitshilfe zusammenhängenden Fragen, durch Herausgabe von Richtlinien und Anregungen für die praktische Durchführung der Arbeitshilfe, durch die Vertretung von Forderungen und Wahrnehmung der Interessen der Arbeitshilfe gegenüber den Reichs- und Staatsbehörden usw.

Ein wichtiges Organ der Reichsarbeitsgemeinschaft sind die Landesarbeitsgemeinschaften, die für das Gebiet der Landesarbeitsamtsbezirke zuständig sind und die sich unmittelbar mit Fragen des freiwilligen Arbeitsdienstes beschäftigen sollen, um überall und immer die Interessen der proletarischen Jugend zu wahren, sowie darüber zu wachen, daß alle Arbeiten, die im Rahmen des freiwilligen Arbeitsdienstes geleistet werden, zusätzliche Arbeiten sind, also solche, die ohne den Einsatz der Arbeitshilfe auf jeden Fall unterbleiben müßten. Unter allen Umständen muß verhindert werden, daß Arbeiten, die im freien Arbeitsverhältnis oder als Notstandsarbeiten durchgeführt werden können, zu Objekten des freiwilligen Arbeitsdienstes gemacht werden, wie überhaupt die grundsätzliche Stellung der freien Gewerkschaften zum freiwilligen Arbeitsdienst durch die Gründung des „Sozialen Dienstes“ keine Änderung erfährt.

Außer den Landesarbeitsgemeinschaften gibt es die Bezirks- und Ortsarbeitsgemeinschaften, deren Aufgaben mehr bezirklicher oder lokaler Art sind.

Wirtschaftliches.

Bankrott haben in der Krise.

In dem Wirtschaftsbericht der Commerz- und Privatbank Nr. 7 befindet sich folgender Satz: „Für eine sehr große Anzahl von Betrieben läßt sich jetzt die Beobachtung machen, daß die Lager und die Warenbestände weitgehend abgebaut sind und daß dies neben der Verringerung der Verbindlichkeiten vielfach in stark angewachsenen Bankrott haben zum Ausdruck kommt.“ Kennern des deutschen Wirtschaftslebens ist diese Offenbarung nicht neu. Es wird von dieser Großbank nur bestätigt, daß es Unternehmungen gibt, denen es auch in der Krise nicht schlecht geht und die nur darauf warten, ihren Produktionsapparat wieder neu ankurbeln zu können.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Die Gewerkschaftsbewegung als Regenwurm.

Ein holländischer Gewerkschaftskollege wies in seiner Begrüßungsansprache anlässlich der Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes auf den Zuwachs der holländischen Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren hin. Dem sagt er folgenden Satz hinzu: „Leider ist für viele dieser Mitglieder die Gewerkschaftsbewegung nur der Regenwurm, an den man nur bei schlechtem Wetter denkt.“ Ein treffendes Wort. In der Tat sind im Laufe der Jahre und Jahrzehnte Millionen Arbeiter und Angestellte zu der Gewerkschaftsbewegung gestoßen aus dem Gedanken des Eigeninteresses heraus. Sie betrachteten die Gewerkschaften als einen Automaten, in den man oben eine Mark hineinsteckt, um unten 10 Mark herauszuholen zu können. Daß derartige Gewerkschaftsmitglieder nicht als Aktivium, sondern eher als ein Passivium der Bewegung zu betrachten sind, versteht sich von selbst. Gewerkschaftsmitglied sein, heißt, eine Bewegung zu stützen, die auf der gegenfeitigen Hilfe der Klassenangehörigen aufgebaut ist, die sofortige materielle und ideelle Hilfe für die Hand- und Kopfarbeiter zu erbringen sucht und in ihrer letzten Konsequenz die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft zum Ziele hat. Die Gewerkschaftsbewegung bedeutet die Mobilisierung des geistig aufgeweckten Arbeiters zu dem Zwecke, Ausbeutung und Unterdrückung in jeder Form abzuwehren und schließlich vollständig anzuhängen. Nur auf Eigenmut bedachte Personen haben in der Gewerkschaftsbewegung etwas anderes. Als es noch möglich war, Lohnerrhöhungen durch gewerkschaftliche Aktionen durchzuführen, haben diese Leute die Forderungen nicht hoch genug stellen können. Wenn sie auch persönlich dem Unternehmer gegenüber die größten Wagschlägen waren, so haben sie aber in der Gewerkschaftsbewegung das Mittel, mit Hilfe dessen alles Mögliche und Unmögliche erreicht werden konnte. Wenn sie in ihren Erwartungen enttäuscht wurden, gingen sie an zu schimpfen, und bei passender Gelegenheit desertierten sie und kehrten zu dem anonymer Haufen von Stänkern und Phrasendreschern zurück. Die Gewerkschaftsbewegung hingegen ist aufgebaut auf jenem charakterfesten und selbstlosen Stamm von Proletariern, die in Jahrzehnten müht und entschlossen für ihre Idee eingetreten sind und keine Mühe und keine Opfer scheuen haben. Es waren dies jene namenlosen Helden, auf deren Wirken die große Freiheitsbewegung der letzten 50 Jahre aufgebaut werden konnte. Jene aber, die nur ernten wollten, wo andere gesät hatten, sind Schlingel, die immer und überall bekämpft werden sollten. Die vom Deutschen Bergwerksbund herausgegebene Zeitschrift „Das Bauwerk“ zitierte in Nr. 9 einen Satz aus dem Gewerkschaftsblatt der amerikanischen Bauarbeiter, der für alle Länder Geltung hat: „Bessere Gewerks-

chaffer sein und weniger an den Straßenecken jammern und schimpfen, wird für die Menschheit mehr schaffen als je in einer Philosophie erträumt worden ist.“

Internationale Arbeiterbewegung.

Konrad Effinger, der 80jährige Wiener.

Am 23. August 1932 veranstaltete der Hauptvorstand unserer österreichischen Bruderorganisation eine Feier zur Ehrung ihres Obmannstellvertreters (2. Vorsitzender), der zugleich Gründer der Organisation war. Kollege Effinger, geboren am 24. August 1852, ist also 80 Jahre alt, aber immer noch aktiv in der Arbeiterbewegung tätig. Es ist geradezu staunenswert, welche Fülle von Energie, Begeisterung und Überzeugungstreue Kollege Effinger in sich vereinigt, die ihn befähigt, in voller körperlicher und geistiger Frische immer noch das Amt des 2. Vorsitzenden im Hauptvorstand auszuüben. Wir gratulieren unserem Freund und Kampfgenossen mit seinem jugendlichen Herzen und haben den Wunsch, daß uns Kamerad Effinger noch lange als Wegweiser und glänzendes Vorbild für die jüngere Generation erhalten bleibt!

Berichte aus den Zählstellen.

Bitterfeld. Die Unzuverlässigkeit der kommunistischen Einheitsfrontler zeigte sich wieder einmal sehr drastisch in der Filmfabrik Wolfen. In einer gemeinsamen Sitzung aller Gewerkschaftsfunktionäre, an der sich auch Angehörige der RGO. beteiligten, wurde eine energische Entschlieung gegen den Faschismus angenommen, in der gegen die Bluttaten der Nazis protestiert und zur Herstellung einer unerschütterlichen Einheitsfront der organisierten Arbeiterschaft aufgefordert wurde, da diese Einheitsfront allein imstande sei, einen Schutzwall gegen den bluttriefenden Faschismus und gegen jede reaktionäre Diktatur zu bilden. Dieser Aufruf wurde von den anwesenden Arbeiterratsmitgliedern unterzeichnet, also auch von den RGO-Anhängern im Arbeiterrat, die, wie überall, so auch hier am lautesten nach der revolutionären Einheitsfront geschrien und auch in dieser Versammlung mit den größten Ton riskiert hatten. Aber dieser revolutionäre Elan hielt bei den RGO-Leuten nicht lange vor. Schon am nächsten Tage bekamen sie Angst vor ihrer eigenen Courage. Feiertlich zogen sie ihre Unterschrift und ihre Zustimmung zu der tags vorher unter ihrer Mitwirkung gefassten Entschlieung wieder zurück. Gründe zu der plötzlichen Sinnesänderung gaben sie nicht an, so daß es dahingestellt bleiben muß, ob diese revolutionären Helden aus lauter Vorlicht zurücktraten oder ob sie fürchteten, einmal beim Wort genommen zu werden. Jedenfalls war es mit der Einheitsfront der Arbeiterschaft in der Filmfabrik Wolfen wieder einmal nichts. Das mag für die Arbeiterschaft ein erneuter Beweis dafür sein, daß eine proletarische Einheitsfront gegen den Faschismus unter der Führung der RGO. nicht möglich ist. Kuper und Führer im Streit gegen den Faschismus sind die freien Gewerkschaften, und in der Filmfabrik Wolfen besonders der Fabrikarbeiterverband. So unzuverlässig die RGO. in der Frage der Bekämpfung des Faschismus ist, so unzuverlässig und unfähig ist sie auch in jeder gewerkschaftlichen Arbeit.

Kellerbach. Eine große revolutionäre Aktion wollten die RGO-Mitglieder des Betriebsrates des Glanzstoffwerkes Kellerbach ins Werk setzen. In einer Arbeiterratsitzung am 19. August wurde ein Vorschlag der RGO-Revolutionäre angenommen, nach dem das Privatvermögen und das Privateigentum der Aktionäre des Glanzstoffwerkes zu beschlagnahmen sei und an Direktoren und Aufsichtsräte keine Gehälter, Spesen und Tantiemen mehr ausgezahlt werden dürften. Ist dies schon ein hanebüchener Unsinn, daß in einer Sitzung eines Arbeiterrates ein solcher undurchführbarer Beschluß gefaßt werden konnte, so wurde die Blamage für die wahren Revolutionäre noch größer, als der RGO-Anhänger Rauber in einer Betriebsversammlung am 24. August über den Verlauf der „Aktion“ berichten sollte. Selbstverständlich wußten auch die RGO-Leute, daß es mit der Durchführung des „revolutionären Beschlusses“ Ewig sein würde, und so beschränkte sich der tapferer Rauber in seiner mühsam abgelesenen Rede darauf, einige Lügen über die freien Gewerkschaften und über ihren angeblichen Verrat an der Arbeiterschaft wieder aufzuwärmen. Als er die Arbeiter und Arbeiterinnen genügend gelangweilt hatte, trat ihm Kollege Scherer, der Vorsitzende des Arbeiterrats, entgegen und hielt eine gründliche Abrechnung mit den RGO-Leuten, die bisher alles versprochen, aber nichts geleistet haben, als bei allen Abwehraktionen der Arbeiterschaft in den Rücken zu fallen und die Kampfkraft der Gewerkschaften zu schwächen. Sie tragen auch nicht wenig Mitschuld daran, daß die Arbeiterschaft dem Ansturm der vereinigten wirtschaftlichen und politischen Reaktion so gelpalten und uneinig gegenübersteht. Die Aufforderung des Kollegen Scherer an die Belegschaft, diesen Phrasenrennen den Rücken zu kehren und sich der einzigen wirklichen Vertretung ihrer Interessen zuzuwenden, den freien Gewerkschaften und besonders dem Fabrikarbeiterverband, fand allseitige Zustimmung.

Zwickau i. Sa. Zu unserer Quartalsversammlung war es der Zahlstellenleitung gelungen, Herrn Arbeitsgerichtsrat Dr. Mannes zu einem Vortrag über das Thema: „Die Rechte der gekündigten Arbeitnehmer“ zu gewinnen. Ausgehend von der öffentlichen Meinung, wie vielfach von Leuten Gesehe und Urteile kritisiert werden, die sich gar nicht vorstellen können oder wollen, wie Gesehe und Urteile zustande kommen, erläuterte er die Entstehung der Gesehe im Parlamentarismus und durch die Diktatur. Schon am geltenden Recht eines Staates erkennen wir die Wirtschaftsforn. Wir sehen z. B. im Liberalismus Wirtschaftsfreiheit, Vertragsfreiheit und Eigentum verankert, während in der modernen Wirtschaft diese Begriffe im Verschwinden sind. Sachlich, ausführlich und allgemeinverständlich behandelte Herr Dr. Mannes die Kündigung als abstraktes einseitiges empfangsbedürftiges Rechtsgeschäft. Nur in den allerwenigsten Fällen ist die Kündigung verboten. Was muß der gekündigte Arbeitnehmer tun, wenn er sich gegen die ausgesetzene Kündigung wehren will? Wie verhält sich die Betriebsvertretung bei der Behandlung eines Einspruchs? Wie verhält man sich vor dem Richter? usw. Diese Fragen hat Herr Dr. Mannes sehr verständlich beantwortet. Den anwesenden Kolleginnen und Kollegen kam es klar zum Bewußtsein, daß nur der ein guter Kämpfer für seine Klasse sein kann, der Rechtskenntnis und Rechtsbewußtsein besitzt.

Verbandsnachrichten.

Branchenauleitung für die Glasindustrie im Gau 6.

Die Adresse des Branchenauleiters für die Glasindustrie im Gau 6 ist jetzt: Karl W u h m a n n, G ö r l i c h, Mittelstr. 36, Bürohauz.

Literarisches.

Wichtige Lesensgabe der neuen Roboterordnungen. Das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung beruht auf den (sehen erlassenen) Roboterordnungen zur Behebung der Wirtschaft und zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 1. und 5. September. Diese Maßnahmen sind für jedermann von größter Bedeutung. Vor allem werden die Industrie und Handel, Arbeitgeber und Arbeitnehmer über die neuen Bestimmungen unterrichtet werden. Hierzu ist in der bekannten „Blauen“ Gesellschafter des Verlags J. Neumann, Neudamm, Berlin, Leipzig, jedoch eine billige Lesensgabe erschienen, die den genannten Werken der Roboterordnungen und in der Einleitung die amtlichen Erklärungen enthält. Der Preis beträgt 80 Pf.